

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Staatsgarantie für Leihnahmen Museen 8

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für Dauerleihnahmen und Leihnahmen im Rahmen von Sonderausstellungen der staatlichen Museen und Sammlungen eine Staatsgarantie zu übernehmen.

Begründung:

Die hohen Versicherungsprämien für Leihgaben belasten die Budgets der staatlichen Museen und Sammlungen und schränken ihre Handlungsspielräume ein. Nach Aussagen des ehemaligen Generaldirektors der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen müssen die drei Pinakotheken für die in ihren Räumen gezeigten Dauerleihgaben jährlich allein 190.000 Euro für Versicherungsprämien bezahlen. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des 16. Deutschen Bundestags rät daher zur Haftungsübernahme des Staates für Schäden an Leihgaben: „Erfahrungen belegen, dass Staatsgarantien eine kostengünstigere Alternative zur privatrechtlichen Versicherung darstellen“. Anderswo wird das ebenso gesehen: Bayern ist neben der Schweiz und dem Saarland das einzige Land, das Staatsgarantien verweigert. Die Folge ist, dass die bayerischen Museen gegenüber der Konkurrenz im In- und Ausland wegen der hohen Versicherungsprämien insbesondere bei der Realisierung von Sonderausstellungen mit Wettbewerbsnachteilen zu kämpfen haben. Die Staatsregierung ist sich des Problems bewusst. Bei der Verabschiedung des Generaldirektors der Bayerischen Staatsgemäldesammlungen versprach Staatsminister Heubisch eine Lösung, geschehen ist seither allerdings nichts. Um wichtige Ausstellungen nicht scheitern zu lassen, behilft sich die Staatsregierung stattdessen mit punktuellen Ausnahmen, die sie teuer zu stehen kommen. Bei der Ausstellung „Max Beckmann – Exil in Amsterdam“ in der Pinakothek der Moderne finanzierte sie die Hälfte der anfallenden Versicherungskosten in Höhe von 265.000 Euro.